



iran-report

Nr. 04/2003

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Wächterrat lehnt das vom Parlament beschlossene Wahlgesetz ab / Proteste gegen Erhöhung des Wächterrat-Etats / Wächterrat lehnt das Gesetz zur Gleichheit des Blutgeldes ab / Drei Journalisten verhaftet / Chomeinis Enkelin Zahra Eshraghi gegen islamischen Kleidungszwang / Internationaler Preis für Meinungsfreiheit an Professor Aghadjari

II. Wirtschaft

Jahresbilanz: Wachstumsrate von 6,5 Prozent ist die höchste Rate seit der Revolution / Arbeitslosenzahl weiter sehr hoch / Privatisierung bei Banken und Versicherungen kommt nicht planmäßig voran / Aktienverkauf und Sparmaßnahmen sollen Staatshaushalt ausgleichen - Viele Projekte werden nicht vollendet / Flugwesen wegen US-Wirtschaftsboykott in schlechtem Zustand / Wirtschaftliche Schäden durch den Irak-Krieg - Grenznahe Fischindustrie leidet, Handel stockt / Gaslieferung nun doch in die Türkei - Pokerspiel beendet, Preis gedrückt

III. Außenpolitik

390 Iraker nach 15 Jahren aus Kriegsgefangenschaft entlassen / Iran und der dritte Golfkrieg / Iran und die irakischen Schiiten / Teilnahme der Schiiten an der künftigen Staatsführung im Irak wird Einfluss Irans im Nachbarland stärken / Umgang mit irakischen Flüchtlingen - Zuflucht für Verletzte / Keine größeren Antikriegsdemonstrationen / USA verlängern Wirtschaftsboykott um ein weiteres Jahr / Russland liefert erste 40 Tonnen Kernbrennstäbe und entsorgt später auch den Müll / Argentinien erlässt Haftbefehl gegen iranische Diplomaten

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 05/2003 Anfang Mai) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im April 2003

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
mfischer@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik
Wächterrat lehnt das vom Parlament beschlossene Wahlgesetz ab

Wie Ende August vergangenen Jahres angekündigt, legte Präsident Chatami im Oktober dem Parlament zwei Gesetzesentwürfe vor, die auf Veränderung der Machtverhältnisse zwischen den Reformern und den Konservativen abzielten.

Der erste Entwurf betraf die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten. Er basiert auf Artikel 113 der Verfassung der Islamischen Republik, in dem es heißt, der Staatspräsident sei nach dem Revolutionsführer der ranghöchste Vertreter des Staates. Neben der Führung der Legislative habe er die Aufgabe, auf die Einhaltung der Verfassung zu achten. Chatami begründete seine Initiative damit, dass er nicht über genügend Rechtsmittel verfüge, um diese zweite von der Verfassung vorgeschriebene Aufgabe zu erfüllen. Er habe des öfteren verschiedene Instanzen und Ämter auf Missachtung der Verfassung aufmerksam gemacht, doch seine Verweise seien stets ignoriert worden.

Im neuen Entwurf wurde ausdrücklich das Recht des Staatspräsidenten hervorgehoben, die Einhaltung der Verfassung zu überwachen, im Falle einer Missachtung die Entscheidung aufzuheben und den oder die Entscheider zur Verantwortung zu ziehen. Ausgenommen wurden Organe, die dem Revolutionsführer direkt unterstehen. Politisch betrachtet lag die Brisanz des Entwurfs darin, dass er dem Präsidenten unter anderem das Recht einräumte, Gerichtsentscheidungen, die er für verfassungswidrig hält, zum Beispiel Urteile gegen die freie Presse, aufzuheben.

Chatami erklärte gegenüber der Presse, er gehe davon aus, dass der Wächterrat sich nach der eindeutigen Aussage der Verfassung richten und dem Gesetz nach der Verabschiedung im Parlament zustimmen werde. Sollte aber dennoch eine Ablehnung erfolgen, biete die Verfassung auch für solche Fälle einen Ausweg. Den Ausweg nannte er nicht ausdrücklich, doch es war klar, was er meinte. Der einzige Ausweg, den die Verfassung für solche Fälle vorsieht, ist eine Volksbefragung. Ein solcher

Schritt wäre allerdings gleichzusetzen mit einer direkten Kampfansage an die Konservativen, was Chatami in seiner bisherigen Amtszeit vermieden hat. Aber der Präsident stand nicht zuletzt seitens seiner eigenen Anhänger unter starkem Druck. Sie drängten ihn, endlich das Unvermeidliche, eine offene Konfrontation, zu wagen. Schon bei der Ankündigung des Entwurfs zweifelten viele, dass er die Kraft dazu aufbringen würde. Er würde sogar eher zurücktreten als den offenen Kampf aufzunehmen, meinten einige Kommentatoren.

Einige Mitglieder der Reformfraktion erklärten, sie würden im Falle eines Scheiterns der Gesetzesvorlage aus dem Lager der Macht austreten. Mohammad Reza Chatami, der Bruder des Staatspräsidenten und Vizepräsident des Parlaments, sagte in einem Interview mit der in Kuwait erscheinenden Tageszeitung „Rai al Aam“: „Sollte die Gesetzesvorlage abgelehnt werden, werden die Reformer versuchen, eine Volksbefragung durchzuführen. Sollte auch dieser Weg zu keinem Ergebnis führen, werden sie die Bühne der Macht verlassen.“

Die Konservativen signalisierten bereits im Vorfeld eine Ablehnung des Regierungsentwurfs. Rechts gerichtete Zeitungen warfen Chatami Machtbegehren vor, die Tageszeitung Resalat fühlte sich sogar genötigt, vor der Gefahr einer „neuen Diktatur“ zu warnen.

Das Argument der Konservativen gegen die Regierungsvorlage war nicht ganz von der Hand zu weisen. Der Chef der Justiz, Mahmood Hashemi Shahrudi, sowie Habibollah Asgaroladi, Geschäftsführer der rechts orientierten islamischen Vereinigung „Motalefeh“, meinten übereinstimmend, der Staatspräsident habe selbstverständlich die Aufgabe, auf die Einhaltung der Verfassung zu achten, doch dieses Recht gelte nur für die Exekutive und könne nicht auf andere Gewalten ausgeweitet werden. Sie wiesen auf Artikel 75 der Verfassung, der ausdrücklich die Teilung und Unabhängigkeit der Gewalten vorsieht. Somit könne sich die Exekutive nicht in die Angelegenheiten anderer Gewalten einmischen. Zuständig für die Achtung der Verfassung seien das Verfassungsgericht, der Wächterrat und in letzter Instanz der Revolutionsführer.

Chatami selbst erklärte, er wolle nicht mehr Macht. Seine Absicht sei, die Einhaltung der Verfassung zu gewährleisten und damit den islamischen Staat vor einem Abgleiten ins Chaos zu bewahren. Laut einer Umfrage vom Oktober 2002 unterstützten 80% der Bevölkerung den Gesetzesentwurf. Denn ungeachtet der juristischen Argumente war offensichtlich, dass es bei diesem Gesetz um die Einschränkung der Macht des Wächterrats sowie der des Revolutionsführers ging.

Dieselbe Absicht verfolgt der zweite Gesetzesentwurf. Er betrifft das Zulassungsverfahren für Bewerber um einen Sitz im Parlament. Bis dato nimmt der Wächterrat für sich in Anspruch, nicht nur die Verfassungstreue und Staatsangehörigkeit der Bewerber zu prüfen, sondern auch ihre ideologische und politische Einstellung. Damit kann er allen Andersdenkenden, selbst radikaleren Reformern im islamischen Lager, den Weg ins Parlament versperren.

Beide Gesetzesentwürfe fanden im Dezember die Zustimmung der Mehrheit des Parlaments. Nun war der Wächterrat am Zug. Er ließ sich Zeit, erst Anfang April lehnte er den zweiten Entwurf ab. Die Ablehnung kam allerdings nicht überraschend. Nur wenige Kommentatoren hegten die Hoffnung, dass der Rat der Einschränkung der eigenen Kompetenzen zustimmen würde. Der Wächterrat begründete sein Votum damit, dass das Gesetz der Verfassung widersprechen würde. In der Verfassung steht, der Wächterrat habe die Aufgabe, die Wahlen zu überwachen. Diese Aufgabe erlaube dem Rat nach Auffassung seiner Mitglieder, über die Eignung der Kandidaten zu entscheiden.

Das Votum des Wächterrats zu dem Gesetz, das die Befugnisse des Staatspräsidenten betrifft, steht noch aus. Die Frage ist, ob die Konservativen in diesem Fall einlenken oder auch dieses Gesetz ablehnen und damit die Konfrontation auf die Spitze treiben werden. Die Diskussion in den letzten Monaten über die beiden Gesetze hat dazu geführt, dass das Schicksal der Reformbewegung mit dem Schicksal dieser beiden Gesetze verknüpft wird. Vermutlich werden die Konservativen, um kein Risiko einzugehen, versuchen, die endgültige Entscheidung bis zu den nächsten Parlamentswahlen hinauszuschieben.

Denn es ist nicht ausgemacht, welche Fraktion aus einer offenen Konfrontation als Sieger hervorgehen wird. Außerdem würde eine offene Konfrontation das gesamte System ernsthaft gefährden.

Proteste gegen Steigerung der Haushaltsmittel für den Wächterrat

Der Schlichtungsrat, der die Aufgabe hat, in Konfliktfällen zwischen dem Parlament und dem Wächterrat zu vermitteln und letztendlich auch zu entscheiden, hat Mitte März beschlossen, die Haushaltsmittel für den Wächterrat, ohne dessen Zustimmung kein vom Parlament beschlossenes Gesetz in Kraft treten kann, erheblich zu erhöhen. Während der Sitzung des Schlichtungsrates, dem Ex-Staatspräsident Rafsandjani vorsitzt und der mehrheitlich von Konservativen besetzt ist, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, soweit, dass Staatspräsident Chatami und Parlamentspräsident Karrubi, die qua Amt ebenfalls dem Rat als Mitglied angehören, unter Protest die Sitzung verließen. Der Geschäftsführer der Schlichtungsrats, Mohsen Rezai, erklärte, die Erhöhung der Mittel des Wächterrats sei notwendig, damit der Rat die Parlamentswahlen im nächsten Jahr organisieren könne. Der Ausschuss beschloss, den Haushalt des Wächterrats von derzeit 4,7 auf 11,6 Millionen Euro zu erhöhen.

Am Tag darauf protestierten 162 Parlamentsabgeordnete gegen den Beschluss. In einem Schreiben an den Revolutionsführer forderten sie ihn auf, die Rücknahme des Beschlusses zu veranlassen. Ihrer Meinung nach würde diese ungewöhnlich hohe Aufwertung des Wächterrats, der ohnehin seine Kompetenzen ständig überschreite, selbigen in eine Art Schattenregierung verwandeln und zur „Häresie der Gesetzgebung“ und zum Verstoß gegen die Verfassung führen. In dem Schreiben heißt es weiter: „Diese nicht zu rechtfertigende Entscheidung muss zurückgenommen werden. Parlament und Regierung sollten sie ignorieren.“

Politische Beobachter sind der Ansicht, dass die Aufwertung des Wächterrats zu den Vorbereitungen der Parlamentswahlen im kommenden Jahr gehört. Alle Zeichen deuten darauf hin, dass die Konservativen entschlossen

sind, unter allen Umständen einen abermaligen Sieg der Reformer zu vermeiden. Dabei kommt dem Wächterrat eine Schlüsselrolle zu. Er könnte durch eine rigorose Säuberung der Kandidaten-Listen von vornherein dafür sorgen, dass nur wenige Reformer gewählt werden können. Aus dieser Perspektive erscheint es konsequent, dass der Wächterrat das vom Parlament verabschiedete Gesetz zur Einschränkung seiner Kompetenzen abgelehnt hat.

Wächterrat lehnt das Gesetz zur Gleichheit des Blutgeldes ab

Der Wächterrat hat das im Januar vom Parlament verabschiedete Gesetz, demzufolge Angehörige eines Mordopfers unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit dieselbe Summe Blutgeld erhalten sollen, abgelehnt. Das bisher geltende Gesetz macht einen gravierenden Unterschied zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Opfern.

Wenn ein Muslim einen anderen Muslim tötet, wird er mit dem Tod bestraft. Er kann sich aber auch nach islamischem Gesetz von der Todesstrafe freikaufen, wenn er den Hinterbliebenen des Opfers ein Blutgeld zahlt. Die Höhe des Blutgeldes beträgt zurzeit rund 19.000 Dollar. Handelt sich bei dem Getöteten um einen Christen, Juden oder um Angehörige einer anderen religiösen Minderheit, beträgt das Blutgeld nur ein Zwölftel der genannten Summe. Diese Ungleichheit wollte das Parlament aufheben. Muslime und Angehörige anderer Religionen sollten gleich behandelt werden.

Der Wächterrat hat das Gesetz als unvereinbar mit der islamischen Gesetzgebung abgelehnt. Das Parlament reagierte auf die Ablehnung mit einem Schreiben an den Revolutionsführer. Er wird gebeten, durch ein Fatwa (Anweisung einer religiösen Instanz) die Gleichstellung anzuordnen. Moris Motamed, Vertreter der jüdischen Gemeinde im Parlament, sagte, Justizchef Shahrudi sei zunächst mit dem Gesetz einverstanden gewesen. Er wundere sich, warum der Wächterrat es abgelehnt hat. Chosro Dabestani, Vertreter der zaratustrischen Gemeinde, äußerte die Hoffnung, dass sich der Religionsführer Chamenei für das Gesetz entscheiden werde. Anzumerken ist, dass das vom Parlament verabschiedete Gesetz

nur offiziell anerkannte religiöse Minderheiten wie Christen, Juden und Zaratustrier, die auch im Parlament vertreten sind, betrifft. Andere Minderheiten wie zum Beispiel Bahais werden ohnehin nicht berücksichtigt.

Drei Journalisten verhaftet

Seit Mitte März wurden erneut drei Journalisten, Behzad Chorshidi, Alireza Djabbari und Siamak Purzand in Teheran verhaftet. Alle drei wurden zunächst durch ein dem Informationsministerium nahe stehendes Amt, das scheinbar für „moralische Vergehen“ zuständig ist, verhört und anschließend in Haft genommen. Alireza Djabbari war vor etwa drei Monaten durch Zivilbeamte in seinem Büro festgenommen worden. Er wurde zunächst zu seiner Wohnung gebracht. Nach einer gründlichen Hausdurchsuchung wurden seine Manuskripte, Disketten, Videokassetten und Bücher beschlagnahmt, er selbst wurde zu einem unbekanntem Ort gebracht. Drei Wochen lang wusste nicht einmal seine Familie, wo er sich befindet. Schließlich tauchte er wieder auf. Seine erneute Festnahme erfolgte während eines Interviews, bei dem er seine Erlebnisse während seiner Abwesenheit schilderte.

Siamak Purzand, dessen Verhaftung im vergangenen Jahr international großes Aufsehen erregte und weltweite Proteste hervorrief, befand sich in Hafturlaub. Wie die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ in einem am 4. April veröffentlichten Protestschreiben an den iranischen Justizchef Shahrudi erwähnt, ist der Hafturlaub für prominente Häftlinge eine Methode, ausländische Menschenrechtsorganisationen zu beschwichtigen: Der Gefangene wird beurlaubt, steht jedoch unter ständiger Beobachtung und kann sofort wieder in Haft genommen werden. Der 75-jährige Purzand, der als Journalist und Medienfachmann auch außerhalb der Grenzen Irans bekannt ist, wurde nach seiner Verhaftung zu gravierenden Selbstbezüglichungen gezwungen. Auf diesen „Geständnissen“ basierte auch die Anklage gegen ihn. Er wurde in einem geheimen Prozess zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Politische Beobachter vermuten, dass die erneute Festnahme Purzands im Rahmen einer geplanten Kampagne gegen kritische Schriftsteller und Journalisten, insbesondere ge

gen Filmkritiker und Filmemacher, erfolgt ist.

Behzad Chorshidi, Chefredakteur einer in Teheran erscheinenden Monatschrift, wurde Ende März verhaftet. Die Gründe, die zu seiner Verhaftung geführt haben, sind nicht bekannt.

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ bezeichnet Iran als „das größte Gefängnis für Journalisten im Nahen und Mittleren Osten“. Nach Angaben der Organisation befinden sich zurzeit elf Journalisten hinter Gittern.

Chomeinis Enkelin Zahra Eshraghi gegen islamischen Kleidungszwang

Elain Esciolino, Reporterin der New York Times in Teheran, berichtete über ein kürzlich geführtes Gespräch mit Zahra Eshraghi, Chomeinis Enkelin. Als Frau verdiene sie eine Goldmedaille, schreibt Esciolino. Zahra Eshraghi ist mit Mohammad Chatami, dem Bruder des Staatspräsidenten und Vorsitzenden der Reformfraktion im Parlament, verheiratet. Sie ist 39 Jahre alt, Mutter zweier Kinder und Angestellte des Innenministeriums.

Sie erklärte bei dem Interview mit New York Times, sie fühle sich in ihrem Luxusappartement trotz ihres gehobenen Lebensstandards nicht sehr wohl. Am meisten störe sie der Zwang zum Tragen eines Schleiers. Man habe den Frauen den Schleier aufgezwungen, sagte sie, sie müsse während der Arbeit stets einen Schleier tragen, auch ihre Tochter dürfe nicht ohne Schleier zur Schule gehen. Früher habe der Schleier zur traditionellen Kleidung gehört, aber nach der Volkserhebung wurde er zu einem Symbol der islamischen Revolution. Jetzt werde er von vielen Frauen als Belastung, als Zwang empfunden. Sie selbst trage ihn nur aus Rücksicht auf ihre Familie.

„Diese Äußerungen“, schreibt Esciolino, „klingen nach Rebellion.“ Zahra Eshraghi meint, dass der Schleier so verhasst sei, dass manche Geschäfte sich weigern würden, verschleierte Frauen etwas zu verkaufen. Sie selbst habe einmal eine Hose kaufen wollen, doch der Laden-Besitzer habe das Geschäft verweigert. „Daran sind wir selbst schuld“, sagte sie. „Die Leute lehnen das Symbol der Revolution ab,

weil sie mit diesem Staat nicht zufrieden sind.“

Internationaler Preis für Meinungsfreiheit an Professor Aghadjari

Hashem Aghadjari, Professor an der Hochschule für Lehrerausbildung in Teheran, erhielt den Preis des in London ansässigen Instituts „Index on Censorship“. Dieser Preis ehrt alljährlich Menschen, die sich für die Durchsetzung von Meinungsfreiheit besonders engagieren. Diesmal ging er an drei Journalisten aus Birma, China und Tunesien und an Aghadjari. Der Geehrte ist Mitglied der an der Regierung beteiligten Organisation der „Modjahedin der Islamischen Revolution.“ Er hatte im Sommer vorigen Jahres zum Gedenken an Ali Shariati, einen Islamwissenschaftler, Soziologen und Vordenker der Islamischen Revolution, eine Rede über den islamischen Protestantismus gehalten und dabei die herrschende Geistlichkeit an den Pranger gestellt.

Das Thema „Islamischer Protestantismus“ ist nicht neu. In der Geschichte des Islam hat es schon oft einzelne Geistliche und Intellektuelle, sogar ganze Strömungen gegeben, die den Klerus als eigentliches Hindernis einer Erneuerung und Modernisierung des islamischen Glaubens betrachteten. Die Kritik richtete sich zumeist dagegen, dass der Klerus an längst überkommenen Traditionen festhält, Aberglauben verbreitet und die Vermittlerrolle zwischen Gott und Menschen für sich beansprucht. „Gläubige sind keine Affen, die geistliche Vorbilder nachahmen“, schrieb Shariati.

Aghadjari ging weit über diese Kritik hinaus. Der Unterschied zwischen der Zeit Shariatis und unserer Gegenwart bestehe darin, sagte er bei seinem Vortrag, dass wir nicht in erster Linie mit einem traditionell orientierten Islam konfrontiert seien, sondern mit einem Islam, der fundamentalistisch und im Besitz der politischen Macht ist. Heute sei der Klerus mit der politischen Führung des Staates identisch. Diese Macht zeige weit mehr als der traditionell orientierte Islam die Bereitschaft, die Rechte der Individuen zu missachten und zu treten.

Der Professor verhüllte seine Kritik zunächst in eine historische Betrachtung des christlichen Protestantismus

und hob hervor, dass diese Bewegung, die sich gegen die Übermacht der Kirche richtete, niemals zum Erfolg geführt hätte, wenn sie nicht mit dem Humanismus und der Aufklärung gekoppelt gewesen wäre. Dann kehrte er in die Gegenwart zurück und startete einen Frontalangriff gegen die iranische Geistlichkeit. Diese habe nicht nur Gott und den Glauben, sondern auch die weltliche Macht für sich monopolisiert. Damit erlaube sie sich jede Willkür. Sie lasse ihre Kritiker und Gegner foltern, zu falschen Geständnissen zwingen, hinrichten oder durch Terroranschläge ermorden. All dies sei mit der Substanz des Islam nicht vereinbar. Daher müsse der islamische Protestantismus unter den heutigen Umständen sich nicht allein gegen die längst überkommene Tradition richten, er müsse weit mehr für die Durchsetzung der Menschenrechte und humanistische Grundsätze kämpfen.

Der Redner erhielt überschwänglichen Beifall, wurde aber zugleich von einer kleinen Minderheit im Saal beleidigt und beschimpft, so heftig, dass er schließlich seine Rede abbrechen und flüchten musste. Schon am nächsten Tag organisierte die Rechte eine Kampagne gegen ihn. Die konservative Presse wütete, in zahlreichen Städten wurden Protestdemonstrationen organisiert, bei denen auch Aghadjaris Hinrichtung verlangt wurde. Die Proteste waren so heftig, dass sich auch manche geistliche Reformer, darunter Präsident Chatami, zu einer Distanzierung gezwungen sahen. Aghadjari revidierte in einem Schreiben an Parlamentspräsident Karubi seine Äußerungen und schränkte die pauschale Kritik an der Geistlichkeit ein. Schließlich wurde die Justiz eingesetzt, sie klagte Aghadjari wegen „Beleidigung des Glaubens“ an. Doch der Angeklagte folgte nicht der Vorladung. Der Richter setzte einen zweiten Termin fest und verhängte ein Ausreiseverbot gegen ihn.

Es gab aber unter den Reformern auch Stimmen, die trotz der von den Rechten erzeugten Pogromstimmung Aghadjari unterstützten. Seine Organisation, die „Modjahedin der Islamischen Revolution“ veröffentlichte eine Stellungnahme und erklärte: „Wir sind stolz, mutige Mitglieder wie Aghadjari zu haben.“

Aghadjari wurde im November vergangenen Jahres wegen Gotteslästerung und

Beleidigung des Islam und der Führung der Revolution zum Tode verurteilt. Er befindet sich seitdem in Haft. Das harte Urteil rief weltweite Proteste hervor. In Iran kam es zu landesweiten Protesten der Studenten, die die sofortige Rücknahme des Urteils und die Freilassung Aghadjaris verlangten. Die Proteste waren so heftig, dass Revolutionsführer Chamenei sich gezwungen sah, die Justiz anzuweisen, den Fall noch einmal zu behandeln. Aghadjari befindet sich nach wie vor in Haft. Sein Schicksal ist ungewiss. Denn auch unter den Konservativen herrscht über die Vorgehensweise keine Einigkeit. Manche Headliner fordern nach wie vor die Hinrichtung Aghadjaris.

Die Preisverleihung ist ein Signal dafür, dass die öffentliche Meinung im Ausland das Schicksal des kritischen Professors mit großer Aufmerksamkeit und Anteilnahme verfolgt. Die Konservativen werden dieses Signal, diese Warnung, zur Kenntnis nehmen.

II. Wirtschaft

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Nach den kürzlich vom Amt für Statistik veröffentlichten Daten waren im Jahr 1380 (2001/2002) 41,4 Prozent der Arbeitslosen im Besitz eines Schulabschlusses oder einer darüber hinausgehenden Ausbildung. Der Anteil der Analphabeten oder jener mit geringer Schulbildung betrug hingegen 23 Prozent. 62,4 Prozent der Arbeitslosen waren im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. 60 Prozent der arbeitslosen Männer und 72 Prozent der arbeitslosen Frauen gehören dieser Altersgruppe an. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Frauen sich weit weniger als Männer auf den Arbeitsmarkt begeben. Rund 13 Millionen Frauen haben bei der Volkszählung von 1998 als Beruf Hausfrau angegeben. Das bedeutet, dass die Chance, eine Arbeit zu finden, für Frauen geringer ist als für Männer.

Der Versuch der Regierung, den Staatsapparat zu rationalisieren, hat in den letzten Jahren zum Anstieg der Zahl

der Arbeitslosen beigetragen. Denn die Privatwirtschaft ist längst nicht in der Lage, die frei werdenden Arbeitskräfte oder die Neuankömmlinge auf den Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Die vom Amt für Statistik vorgelegten Daten zeigen, dass der Anteil der Privatwirtschaft an der Beschäftigung bei 77,8 Prozent und der Anteil des Staates bei 21,8 Prozent liegt. 0,4 Prozent der Berufstätigen sind bei gemeinnützigen Verbänden und Organisationen beschäftigt.

Im Jahr 1380 (2001/2002) waren von 19,1 Millionen Arbeitsfähigen 15,9 Millionen beschäftigt, 3,2 Millionen arbeitslos.

Wirtschaftliche Schäden durch den Irak-Krieg

Seit dem Ausbruch des Krieges wurde die Fischerei in dem nahe der irakischen Grenze laufenden Arwand-Fluß verboten. Damit haben Tausende Fischerfamilien ihre materielle Lebensgrundlage verloren. Der Stellvertretende Leiter des Fischereiamtes der Provinz Chusestan (Südwesten Irans) erklärte gegenüber der Presse, der Irak-Krieg verursache der Fischindustrie monatlich einen Schaden in Höhe von 57 Milliarden Rial (rund 7 Millionen Euro). In diesem Gebiet sind 760 Schiffe und 1700 Boote für die Fischindustrie im Einsatz. Der Vertreter der Stadt Abadan im Parlament erklärte, die Existenz von 75 Prozent der Bewohner der Dörfer am Ufer des Arwand-Flusses sei durch den Krieg bedroht. Der Freitagsprediger der Stadt Choramshahr forderte die Regierung auf, den Betroffenen eine Soforthilfe zukommen zu lassen. Der Leiter des neu gegründeten Krisenstabs der Provinz Chusestan erklärte, der durch den Krieg entstandene Schaden für das gesamte Gebiete entlang der Grenze zum Irak sei sehr hoch. Seit Beginn der Kampfhandlungen sei der Flugbetrieb in Abadan eingestellt, Schiffe und Eisenbahnen verkehren nur noch sporadisch. Der gesamte Handel stocke.

Jahresbilanz der iranischen Wirtschaft

Der iranische Jahreswechsel (21. März) veranlasst das persischsprachige Programm der BBC zu einer Jahresbilanz über die iranische Wirtschaft. Demnach

verzeichnet die iranische Wirtschaft im vergangenen Jahr (März 2002 bis März 2003) ein Wachstum von 6,5 Prozent, doch wichtige Probleme wie eine 15prozentige Inflationsrate und hohe Arbeitslosigkeit blieben ungelöst. Die hohe Wachstumsrate ist in erster Linie auf den Anstieg des Ölpreises auf dem internationalen Markt zurückzuführen. Im vergangenen Jahr wurde das Gesetz zur Förderung und Erleichterung der Auslandsinvestitionen verabschiedet. Während desselben Zeitraums blieb die iranische Handelsbilanz positiv, es gelang der Regierung, den angestrebten Exportüberschuss zu erreichen. Die Außenbeziehung zu zahlreichen Staaten wurde weiterentwickelt, doch das Ziel, in die Welthandelsorganisation (WHO) aufgenommen zu werden, wurde nicht erreicht.

Die Wachstumsrate von 6,5 Prozent ist die höchste Rate, die Iran seit der Revolution erreicht hat. Dank des Anstiegs des Ölpreises konnte der Staat auf der einen Seite einige wirtschaftliche Probleme im Inland lösen und zugleich einen Teil der 23 Milliarden Dollar Auslandsschulden begleichen. Hingegen hatte die Regierung bei ihrem Vorhaben, die Privatisierung der Wirtschaft voran zu treiben, weit weniger Erfolg. Zwar gelang es der Regierung, neue Steuergesetze durchzusetzen, den Warenexport zu erleichtern, einige Banken zu privatisieren, private Versicherungsgesellschaften zu fördern, einen Teil der Kommunikationsmittel zu privatisieren und das Projekt der Erdgasförderung teilweise zu realisieren. Dennoch konnten die Ziele, die sich der dritte Fünfjahresplan bezüglich der Privatisierung gesetzt hatte, nicht erreicht werden.

Der Prozess der Privatisierung wurde stark gehemmt durch die Kontroversen zwischen dem Direktor der Zentralbank, Mohsen Nurbachs, dem Minister für Wirtschaft und Finanzen, Tahmaseb Mazaheri, und dem Minister für Industrie und Bodenschätze, Eshagh Djahangiri. Während die Zentralbank der Privatisierung der Banken den Vorzug gab, trat das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen für die Erhöhung und Erleichterung der Kreditvergabe ein. Demgegenüber vertrat das Ministerium für Industrie und Bodenschätze die Ansicht, staatliche Unternehmen, insbesondere im Bereich der Autoindustrie, Gas- und Ölförderung, müssten zuneh-

mend privatisiert werden. Somit vermochte die Regierung kein Gesamtkonzept vorzulegen. Das Ergebnis war, dass der Prozess der Privatisierung nur schleppend voranging. Dennoch konnten die bereits bestehenden Privatbanken ihre Aktivitäten ausweiten. Die Banken Eghtesad-e Nowin, Saman, Kar Afarin und Parsian haben im vergangenen Jahr in den meisten Großstädten neue Filialen eröffnet.

Auch private Wechselstuben nahmen ihre Arbeit wieder auf. Sie hatten vor sieben Jahren schließen müssen, weil die Regierung den Verkauf von Devisen außerhalb des Banksystems als „Devisenschmuggel“ eingestuft und verboten hatte. Die Erlaubnis zur Gründung privater Versicherungsgesellschaften, die zur Reformierung der Wirtschaftsstruktur beitragen sollte, hat den Weg zu Investitionen auf diesem Gebiet geöffnet. Zwar ist bisher nur eine private Versicherungsgesellschaft entstanden, doch im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Regierung die Anträge von drei neuen Gesellschaften bewilligt. Zudem sollen in diesem Jahr drei staatliche Versicherungsgesellschaften ihre Aktien zum Verkauf anbieten.

Die Verfassung der Islamischen Republik sieht gewisse Beschränkungen für die Privatisierung vor, dennoch wird der augenblickliche Trend seitens der meisten Sachverständigen als positiv und als ernsthaften Beginn eines vielseitigen Privatisierungsprozesses bezeichnet.

In den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres wurden Aktien staatlicher Unternehmen im Werte von 2580 Milliarden Rial (rund 301 Millionen Euro) an die Privatwirtschaft verkauft. Der Plan sah hingegen vor, Aktien im Wert von 6000 Milliarden Rial (rund 700,5 Millionen Euro) zu verkaufen und 9000 Milliarden Rial (1,05 Milliarden Euro) Schulden an Wohlfahrtsorganisationen in Form von Aktien zurück zu zahlen.

Die Schwächen der iranischen Wirtschaft zeigen sich im Defizit des Staatshaushalts. Zahlreiche Aufbauprojekte konnten nicht zu Ende geführt werden. Das Defizit war hauptsächlich auf die geringen Steuereinnahmen zurück zu führen. Der Versuch der Regierung, es durch den Verkauf von Aktien auszugleichen, misslang. Der Versuch konnte auch kaum gelingen, wenn man in

Betracht zieht, dass seit dem Beginn der Privatisierung vor 13 Jahren insgesamt Staatsaktien im Wert von 10.000 Milliarden Rial (1,17 Milliarden Euro) an die Privatwirtschaft verkauft wurden. Der iranische Staatshaushalt verzeichnete mit Ausnahme des Jahres 1976/77 bisher immer ein Defizit. Auch in diesem Jahr wird der Haushalt nach Schätzung von Experten mehr als eine Milliarde Euro Defizit haben.

Neben dem Verkauf von Aktien versuchte die Regierung den Haushalt durch Sparmaßnahmen bei Aufbauprojekten auszugleichen. Doch dieser Ausweg führte dazu, dass bestimmte Projekte halbfertig brachliegen, ohne das Finanzproblem spürbar verringert zu haben. Präsident Chatami berichtete im vergangenen Jahr dem Parlament, dass mehr als 9000 nationale und 45000 regionalen Projekte fertig gestellt werden müssten, für die eine Investitionssumme von fast 43 Milliarden Euro nötig sei. Er erklärte, diese Projekte hätten den Vorrang. Seine Regierung werde vor der Fertigstellung dieser Projekte kein neues Projekt beginnen.

Seit der Einführung des Telefons erhielten zum ersten Mal zwei private Gesellschaften die Erlaubnis für die Einrichtung von 2,3 Millionen Telefonanschlüssen. Weitere zwei Millionen sollen in diesem Jahr privaten Gesellschaften übergeben werden. Auch die beiden ausländischen Gesellschaften Siemens und Erikson erhielten Konzessionen für die Einrichtung von 1,2 Millionen Telefonanschlüssen. Zurzeit gibt es in Iran rund 11 Millionen feste Telefoneinrichtungen und zwei Millionen Mobilverbindungen. Geplant sind 20 Millionen feste und 5 Millionen mobile Verbindungen.

Das größte Problem Irans war auch im vergangenen Jahr die hohe Zahl der Arbeitslosen. Daher legte die Regierung im April 2002 ein Notprogramm vor. Mit rund einer Milliarde Euro sollten zusätzlich 300.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Insgesamt gelang es der Regierung, 460.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist etwas mehr als die Hälfte von 760.000 Arbeitsplätzen, die nötig wären, um die bestehende Arbeitslosenquote auf dem gleichen Stand zu halten: Jährlich kommen im Durchschnitt 700.000 Arbeitssuchende zu den drei Millionen Arbeitslosen dazu.

Das Jahr 2002/2003 verzeichnete einen weiteren Anstieg des Benzinverbrauchs; Iran musste immer größere Mengen Benzin aus dem Ausland einführen. Zwei Vorschläge standen zur Lösung dieses Problems zur Debatte: Rationalisierung oder Preissteigerung. Das Parlament entschloss sich für die zweite Lösung und schlug vor, den Benzinpreis um 10 und die Bezinsteuer um 20 Prozent anzuheben. Diese Preissteigerung schien der Regierung viel zu gering. Schließlich wurde eine Preiserhöhung um 30 Prozent beschlossen.

Im vergangenen Jahr wurde mit der Erdgasförderung am Persischen Golf begonnen. Dieses Projekt gehört zu einer Reihe von Gasförderungsprojekten, die in Zusammenarbeit mit dem französischen Unternehmen Total durchgeführt werden.

Der iranische Export (ohne Erdöl) überstieg im vergangenen Jahr den Wert von 5 Milliarden US-Dollar. Das ist ein Erfolg, den die Regierung Chatami für sich verbuchen kann.

Nach wie vor bildete die Schmuggelwirtschaft ein großes Problem für die iranische Wirtschaft. Schätzungsweise werden jährlich Waren im Wert von zwei bis drei Milliarden US-Dollar in das Land eingeschmuggelt. Daher hat die Regierung für das laufende Jahr Maßnahmen beschlossen, die den Schmuggel unterbinden sollen. Dazu gehört, dass alle Waren in den Lagerräumen, für die keine Bescheinigung der Zollbehörde vorliegt, als Schmuggelware beschlagnahmt werden sollen.

Auch außenwirtschaftlich hatte Iran im vergangenen Jahr gewisse Probleme, die die Regierung zum Teil nicht bewältigen konnte. Alle Bemühungen des Landes, in die Welthandelsorganisation (WHO) aufgenommen zu werden, scheiterten am Veto der USA.

Im August kündigte die Türkei unerwartet den längst beschlossenen Vertrag über die Gaslieferung aus Iran. Die türkische Regierung hatte sich vertraglich verpflichtet, für das Jahr 2002 aus Iran vier Milliarden Kubikliter Gas zu kaufen. Diese Menge sollte bis zum Jahr 2010 auf zehn Milliarden Kubikliter gesteigert werden. Die Lieferung hatte nach langen Verhandlungen, großen Investitionen und zweijäh-

riger Verspätung erst vor kaum einem Jahr begonnen. Die Gasleitung hat eine Länge von 2577 Km und läuft von Täbriz nach Ankara. Doch im August gab der türkische Energieminister bekannt, dass die Türkei ab 1. September den Gasimport aus Iran einstellen werde. Die Kündigung begründete er mit der schlechten Qualität des Gases. Doch nach Meinung von Experten war diese Begründung nur ein Vorwand, denn die Qualität des iranischen Gases, die als gut eingeschätzt wird, hatte sich nicht geändert. Der eigentliche Grund bestand einmal darin, dass der Gasverbrauch in der Türkei infolge des schlechten wirtschaftlichen Zustands um 14% zurückgegangen war. Zum anderen erklärte sich Russland unter amerikanischem Druck bereit, den Verkaufspreis des Gases, das Russland in die Türkei exportiert, um 9% zu reduzieren. Dadurch würde die Türkei für die nächsten drei Jahre rund 280 Millionen Dollar sparen. Die Absicht der USA bestand darin, Iran immer mehr in die Isolation zu treiben.

Iran hätte zwar aufgrund des Vertragsbruchs Schadensersatz verlangen können. Doch langfristig betrachtet hätte sich ein solcher Konflikt mit dem türkischen Nachbarn für Iran sowohl wirtschaftlich als auch politisch sehr nachteilig ausgewirkt. Die Beziehungen zwischen Iran und der Türkei waren ohnehin nicht konfliktfrei. Das Kurdenproblem, die Rivalitäten der Staaten in Mittelasien nach dem Zerfall der Sowjetunion und schließlich das unterschiedliche Verhältnis der beiden Staaten zu den USA lieferten immer wieder Zündstoff für Konflikte.

Am 7. Oktober reiste der türkische Energieminister zu Gesprächen nach Teheran. Am Vortag beklagte er sich in einem Interview noch einmal über das iranische Gas und sagte, er werde in Teheran seinem Amtskollegen berichten, dass er weit günstiger aus Russland Gas importieren könne. Tatsächlich schien das Pokerspiel zugunsten der Türkei ausgegangen zu sein. Iran und Türkei gaben nach der Reise des türkischen Energieministers die Wiederaufnahme der Gaslieferung bekannt. Der iranische Ölminister Bijan Namdar Zangeneh erklärte lediglich, im neuen Abkommen seien die Interessen beider Staaten berücksichtigt worden. Einzelheiten des Vertrages gab er nicht bekannt. Aber das türkische Fernsehen

NTV lüftete das Geheimnis: Der Gas-Preis sei um 9% reduziert worden.

Das Bestreben der Regierung, die iranische Luftfahrtindustrie zu erneuern und zu modernisieren, blieb erfolglos. Der Wirtschaftsboykott, den die USA über Iran verhängt haben, schließt die Möglichkeit aus, neue Maschinen zu kaufen und für alte Maschinen Ersatzteile zu bestellen. Einige gebrauchte Maschinen, die in Russland, der Türkei und den Emiraten gekauft wurden, konnten das Problem nicht lösen. Im Gegenteil, die gekauften Maschinen sind oft nicht einsatzfähig. Einige davon sind bereits abgestürzt. Der iranische Verkehrsminister Ahmad Choram erklärte, dass die Probleme des iranischen Luftverkehrs nicht gelöst werden könnten, wenn der Wirtschaftsboykott nicht bald aufgehoben würde.

Die Staatsbesuche Chatamis im vergangenen Jahr in Spanien, Pakistan und Indien haben zu einer merklichen Besserung der Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern geführt.

Der Besuch Chatamis in Afghanistan führte dazu, dass der Fluss Hirmand nach fünf Jahren wieder nach Iran floss. Damit konnte die Trockenheit, die in der Provinz Sistan herrscht, erheblich gemildert werden. Iran hatte nach dem Regimewechsel in Afghanistan eine Hilfeleistung in Höhe von 560 Millionen Dollar versprochen. Davon soll die Hälfte innerhalb von fünf Jahren als Schenkung ausgezahlt und die andere Hälfte als Kredit der afghanischen Regierung zur Verfügung gestellt werden.

III. Außenpolitik

390 Iraker nach 15 Jahren aus Kriegsgefangenschaft entlassen

Erst fünfzehn Jahre nach dem Waffenstillstand zwischen Iran und Irak haben die beiden Nachbarstaaten noch kurz vor dem Ausbruch des Irak-Krieges beschlossen, die restlichen Kriegsgefangenen freizulassen. Iran entließ 390 Männer. Sie wurden über den Grenz-

posten Chosravi in ihre Heimat gebracht. Im Gegenzug sollten alle iranischen Kriegsgefangenen, die sich im Irak aufhalten, freigelassen werden. Es ist nicht bekannt, ob dies vor Beginn der Kampfhandlungen erfolgt ist.

Iran und der dritte Golfkrieg

Staatspräsident Chatami hat die USA und Großbritannien vor dem Hass der Iraker und der übrigen Völker des Nahen Ostens gewarnt. „Wer heute seine Bomben und seine Raketen über Irak abwirft, wird morgen nichts anderes als Zerstörung und den Hass des irakischen Volkes ernten“, sagte der Staatspräsident. Es sei unvorstellbar, wie später die USA und Großbritannien einem Volk gegenüber treten wollen, von dem sie zutiefst gehasst werden“. Ziel der USA sei, die Welt zu beherrschen und sich die Reichtümer der Region anzueignen. Um dieses Ziel zu erreichen, seien sie bereit, „unschuldige Menschen zu massakrieren“. Chatami fuhr fort, der Krieg sei eine Einladung an Extremisten. Sie würden Vergeltung üben. „Wenn der Krieg nicht gestoppt wird, werden die Folgen für die Region und für die gesamte Welt weitaus gefährlicher sein als die Tragödie in Vietnam.“ Das amerikanische Volk müsse aufwachen und der Bush-Regierung die Unterstützung verweigern. Für die Zukunft Iraks sprach sich Chatami für freie Wahlen unter der Leitung der Vereinten Nationen aus.

Auch Ex-Staatspräsident Rafsandjani hat den von den USA geführten Krieg scharf kritisiert. Die Muslime dürften nicht zuschauen, wenn die USA zur Sicherung von Gas und Öl irakische Kinder brutal töteten. Rafsandjani bezeichnete den Krieg als historischen Fehler. Der Krieg werde Präsident Bush isolieren und seine Wiederwahl ausschließen. Der Krieg werde „Hunderte von neuen Bin Ladens“ schaffen, sagte der Ex-Staatspräsident. Er warnte die Amerikaner und Briten dringend davor, die heiligen Stätten der Schiiten Nadschaf und Kerbela zu beschädigen. Sie sollten sich fürchten vor der Wut der islamischen Welt und der Rache Gottes. Er sei gegen einen Sieg der USA, sagte Rafsandjani. „Für uns sind sie schlimmer als das irakische Regime. Während Saddam nur ein Skorpion war, sind die USA eine Klapperschlange.“

Nach Meinung der iranischen Regierung müssen die Vereinten Nationen nach Beendigung der Kampfhandlung im Irak die Hauptrolle übernehmen. Dies äußerte der iranische Außenminister Charrazi bei einem Gespräch in Teheran mit seiner spanischen Amtskollegin Anna Palacio. Washingtons Absicht, im Irak zu bleiben, sei höchst gefährlich.

Iran und irakische Schiiten

US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld warnte Iran, sich durch die Unterstützung der Badr-Brigade im Irak-Krieg einzumischen. Die Badr-Brigade, deren Stärke auf 5000 bis 15000 Kämpfer geschätzt wird, war kurz vor Kriegsbeginn in den Norden Iraks verlegt worden. Die Brigade ist der bewaffnete Arm des schiitischen „Höchsten Rates für eine islamische Revolution im Irak“ (SCIRI). Laut Berichten der BBC hatten etwa drei Wochen vor Kriegsausbruch iranische Revolutionswächter im Grenzgebiet zwischen Iran und Irak in der Nähe von Miadan, nördlich von Khaneghein, mit der Badr-Brigade eine Militärübung veranstaltet. Nach ihrem Einmarsch in den Norden Iraks führte die Brigade, um Stärke zu demonstrieren, eine Truppenparade in der Stadt Suleimanieh durch. Die Parade sollte auch eine Warnung an iranische Oppositionsgruppen sein, die im Norden Iraks angesiedelt sind. Dazu gehören die beiden kurdischen Organisationen Kumeleh, die linksradikal orientiert ist, und die Demokratische Partei des Iranischen Kurdistan, die für die Autonomie der Kurdengebiete im Iran kämpft, sowie die Organisation der Modjahedin Chalgh, eine militante Organisation, die bereits seit Jahren von Irak aus einen bewaffneten Kampf gegen die Islamische Republik Iran führt.

Die Badr-Brigade wurde 1980, zu Beginn des Iran-Irak-Krieges, von iranischen Revolutionsgarden gegründet und für den Guerillakampf gegen reguläre irakische Truppen ausgebildet. Nach dem Ende des zweiten Golfkriegs wurde die Brigade zur Unterstützung der schiitischen Opposition gegen das Regime Sadam Husseins im Süden Iraks eingesetzt.

Neben der Badr-Brigade erhalten nach unbestätigten Berichten auch andere kleinere militante Organisationen wie die Komeley-e Islami, Jondul Islam und Ansar al-Islam Unterstützung aus Iran. Diese Gruppen haben erst vor wenigen Monaten in den Kurdengebieten Iraks ihre Zelte aufgeschlagen. Die Komeley-e Islami wurde bereits in den ersten Tagen nach Kriegsbeginn von amerikanischen Bombern angegriffen. Sie räumte ihre Stützpunkte in Khormal, Piyareh und Tavileh in der Nähe der iranischen Grenze. Die anderen Gruppen haben sich inzwischen ins Gebirge zurückgezogen.

Die irakischen Schiiten, die die Mehrheit der Bewohner des Landes stellen, haben mit der iranischen Geistlichkeit eine lange gemeinsame Geschichte. Ayatollah Chomeini hielt sich vierzehn Jahre lang im irakischen Exil in der Stadt Nadjaf auf. Hier schrieb er sein Buch: „Der Islamische Staat“. Von hier aus bereitete er den Aufstand gegen den Schah vor, schickte seine Reden an die Gläubigen per Tonband ins Land und erteilte Anweisungen. Somit sind die heilige Stadt Nadjaf und die dort ansässigen Geistlichen mit der jüngsten Geschichte Irans tief verbunden. Diese Bindungen wurden durch gemeinsame Zukunftsvisionen gefestigt.

Ein ähnliches Schicksal widerfuhr dem Führer der Schiiten, Ayatollah Bagher Hakim. Er wurde 1977 in Nadjaf verhaftet, 1980, zu Beginn des iranisch-irakischen Krieges, flüchtete er nach Teheran ins Exil. Hier gründete er mit Hilfe der geistlichen Führer Irans die größte und einflussreichste schiitische Oppositionsgruppe, den „Höchsten Rat für eine islamische Revolution im Irak“ (SCIRI). Ziel dieses Rates war die Gründung eines islamischen Staates im Irak. Im Krieg flüchteten Zehntausende Iraker nach Iran; Kriegsgefangene bildeten einen großen Teil der irakischen Gemeinde.

Durch die enge Zusammenarbeit mit der iranischen Führung gewannen die Iraker großen Einfluss in Iran, einige von ihnen wurden sogar in die Staatsführung aufgenommen. Der Justizchef der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Shahrudi, zum Beispiel ist gebürtiger Iraker. Er gehört zu den einflussreichsten Figuren des Landes. Ayatollah Namazi, Chef der Staatsanwaltschaft oder der frühere Oberbefehlshaber der Ordnungskräfte Naghdi haben

vor der Revolution im Irak gelebt. Auch wirtschaftlich verfügen die Iraker über enormen Einfluss. Mafiöse Unternehmen kontrollieren einen großen Teil des Schwarzmarktes.

Dieses Bündnis der iranischen Geistlichkeit mit irakischen Schiiten ist sicherlich für die Zukunft Iraks von Bedeutung. Wie auch immer die Machtkonstellation im Irak nach dem Krieg aussehen wird, die Schiiten werden jedenfalls an der Macht beteiligt sein.

Das Verhältnis der Schiiten zu den USA ist ambivalent. Einerseits haben sie längst nicht vergessen, wie sie im zweiten Golfkrieg von den Amerikanern zum Widerstand gegen Saddam Hussein ermuntert und dann von ihnen im Stich gelassen wurden, so dass Tausende durch Saddams Soldaten massakriert werden konnten. Selbstverständlich hegen sie auch aus ideologisch-religiösen Gründen eine versteckte Feindschaft gegen die USA. Dennoch zeigte sich SCIRI im Vorfeld des Krieges zur Zusammenarbeit mit Washington bereit. Vertreter des Rates nahmen im vergangenen Jahr an dem von den USA initiierten Treffen irakischer Oppositionsgruppen teil. Sie führten auch in Washington Gespräche mit der amerikanischen Regierung.

Aber die Schiiten waren keineswegs bereit, amerikanische Soldaten bei ihrem Einzug in den Irak mit offenen Armen zu empfangen. Die Nachricht, die Schiiten hätten in der südirakischen Stadt Basra einen Aufstand gegen die republikanischen Garden organisiert, entsprach eher einem Wunschenken der Briten als der Wahrheit. Tatsächlich haben sich die Schiiten bislang abwartend verhalten. Ayatollah Hakim erklärte kürzlich: „Die Kräfte der Koalition sind uns so lange willkommen, so lange sie dem Volk helfen, die Diktatur von Saddam Hussein zu beenden. Falls sie unser Land besetzen oder kolonisieren wollen, werden sich die Iraker wehren.“ Der Ayatollah betonte, dass dieser Widerstand auch bewaffnet sein werde. Er sagte weiterhin, es habe zwischen seiner Gruppierung und anderen Oppositionsgruppen verschiedene Treffen gegeben. Alle Gruppen seien sich einig, dass die künftige Staatsführung Iraks alle religiösen und ethnischen Gruppen des Landes umfassen müsse. Das irakische Volk sei autonom und werde jede Vorgabe durch fremde

Mächte entschieden zurückweisen. Er bekräftigte, dass die künftige irakische Regierung alle Verträge, die die Regierung Saddam Hussein mit ausländischen Gesellschaften geschlossen habe, annullieren werde, falls diese den nationalen Interessen Iraks widersprechen sollten.

Noch im Januar hatte Ayatollah Hakim öffentlich erklärt, sein Ziel sei die Errichtung eines Gottesstaates nach iranischem Vorbild. Hakims Organisation ist zwar die stärkste oppositionelle Organisation unter den Schiiten, sie wird aber nicht von allen Schiiten unterstützt. Gerade die enge Bindung an Iran, die die Organisation materiell, militärisch und politisch stärkt, bildet in den Augen eines Teils der irakischen Schiiten einen Schwachpunkt. Zudem findet die Idee eines islamischen Staates keineswegs den Beifall aller Schiiten. Auch hier gibt es Gruppen, die für die Bildung eines säkularen Staates votieren.

Wie auch immer, eine Teilnahme der Schiiten an der künftigen Staatsführung im Irak wird den Einfluss Irans im Nachbarland stärken. Die Vorwürfe Rumsfelds, Iran würde sich in die Kampfhandlungen einmischen, hat Teheran zurückgewiesen. Außenminister Charrazi sagte, seine Regierung habe der Badr-Brigade nicht die Erlaubnis erteilt, sich in den Irak zu begeben, betonte jedoch zugleich, dass Iran jede Regierung, die von den USA in Bagdad gebildet werde, ablehnen würde.

Tatsache ist, dass die iranische Regierung der Badr-Brigade ohnehin keinen Befehl erteilen kann. Die Brigade untersteht dem Höchsten Rat der Schiiten, der eindeutig auf Seiten der konservativen Geistlichkeit der Islamischen Republik steht. Die iranische Regierung, die von den Reformern geführt wird, befürchtet, dass die Konservativen jenseits der offiziellen Außenpolitik des Landes eigene Wege gehen und zur Stärkung ihres Einflusses Handlungen unternehmen, die den nationalen Interessen des Landes zuwiderlaufen.

Die Regierung Chatami hat zwar den Krieg gegen Irak verurteilt, gleichzeitig jedoch betont, dass Iran weder die Alliierten noch die Regierung Saddams unterstützen werde. Die Widersprüche der Außenpolitik Irans haben ihre Wurzeln in den Auseinandersetzungen

gen zwischen Reformern und Konservativen. Dass verletzte Mitglieder der bereits erwähnten Gruppe Ansar al Islam, die nach dem amerikanischen Angriff nach Iran flüchteten, zurückgewiesen wurden, zeigt, dass die Reformer eine andere Politik verfolgen als die Konservativen.

Auf Flüchtlinge vorbereitet

Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR gab bekannt, dass sie zur Betreuung möglicher Flüchtlinge aus dem Irak mit der iranischen Regierung Gespräche geführt habe. Kris Janowski, ein Sprecher der Organisation, erklärte in Genf, UNHCR habe eine Million Dollar für die nötige Infrastruktur wie sanitäre Anlagen und Wasserversorgung an iranische Behörden überwiesen.

Die 1400 Kilometer lange Grenze zwischen Iran und Irak wurde während des achtjährigen Krieg zwischen den beiden Ländern stark vermint. Daher ist ein Flüchtlingsstrom über die „grüne Grenze“ kaum zu erwarten. Iran hatte vor Kriegsausbruch erklärt, das Land werde keine Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen, jedoch auf irakischem Territorium Camps zur Versorgung von Flüchtlingen einrichten. Wenige Tage später wurde diese Entscheidung revidiert. Der Leiter des Amtes für Ausländer und Flüchtlinge im iranischen Innenministerium, Ahmad Hosseini, erklärte, Iran werde Flüchtlingen, deren Leben in Gefahr sei, insbesondere Verletzten, Zuflucht gewähren. Man werde sie bis 20 Kilometer ins Landesinnere hineinlassen und entsprechend versorgen. Hosseini gab bekannt, dass sein Land inzwischen für die Aufnahme von rund 200.000 Flüchtlingen vorbereitet sei.

Seit dem Kriegsausbruch sind Zehntausende Iraker, zumeist Kurden, in Richtung Iran geflüchtet, sie haben sich jedoch schon vor der Grenzen in den Bergen niedergelassen.

Keine größeren Antikriegsdemonstrationen in Iran

Im Gegensatz zu anderen islamischen Staaten hat die iranische Bevölkerung auf den Krieg gegen Irak kaum reagiert. Dies mag daher rühren, dass die Erinnerung an dem achtjährigen Krieg gegen den Nachbarstaat noch lebendig

ist. Es gibt in Iran kaum eine Familie, die nicht Opfer aus diesem Krieg zu beklagen hätte. Kein Wunder, dass das irakische Regime in Iran verhasst ist, kaum jemand würde dessen Sturz bedauern. Dennoch ist es erstaunlich, dass die Staatsführung, insbesondere die Konservativen, die jede Gelegenheit benutzen, um ihre Feindschaft gegen die USA und Israel zu unterstreichen, dieses Mal auf die Organisierung von Massendemonstrationen verzichtet haben. Man begnügte sich mit offiziellen Erklärungen und verbalen Angriffen in den Predigten beim Freitagsgebet. Nur eine einzige Demonstration wurde organisiert, bei der die Zahl der Teilnehmer gering war.

Politische Beobachter meinen, dass die Zurückhaltung eher darauf zurück zu führen ist, dass man die USA nicht provozieren und keinen Vorwand zur Eskalation der Beziehungen zu Washington liefern möchte.

USA verlängern Wirtschaftsboykott um ein weiteres Jahr

US-Präsident George W. Bush bezeichnete Iran bei seiner Rede an die Nation als eine ungewöhnliche und besondere Gefahr. Er gab bekannt, dass der über Iran verhängte Wirtschaftsboykott um ein weiteres Jahr verlängert worden ist. Den Boykott hatte Präsident Clinton am 15. März 1995 angeordnet. Zur Begründung der Verlängerung des Boykotts wiederholte Bush die bekannten Vorwürfe, Iran unterstütze den internationalen Terrorismus, torpediere den Friedensprozess im Nahen Osten und sei dabei, nukleare Massenvernichtungswaffen herzustellen.

Neue Attacken der USA gegen Iran und Syrien

Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Außenminister Colin Powell legten nach. Syrien und Iran sollten aufhören, den Terrorismus zu unterstützen, Syrien dürfe keine Waffen mehr an das irakische Regime schicken. Iran sollte aufhören, Milizionäre gegen die USA auszubilden und die Versuche, atomare Waffen herzustellen, sofort einzustellen. Rumsfeld warnte beide Länder vor Konsequenzen. Sie stünden vor einer „kritischen Entscheidung“.

US-Außenminister Powell sagte, seine Regierung sei inzwischen im Besitz von Dokumenten, aus denen hervorgehe, dass Iran tatsächlich mit dem Bau von Atomwaffen begonnen habe. Dennoch betonte der Außenminister, dass die USA das Reformbestreben in Iran und den Kampf der iranischen Jugend um Freiheit und Demokratie unterstützen werden.

Die New York Times schrieb in ihrer Ausgabe vom 14. März: „Der Irak muss zum Glück noch einige Hürden in seinem Atomwaffenprogramm überwinden. Iran hingegen ist fast (am Ziel) angekommen. Iran hat natürliche Uranvorkommen. Iran hat eine Anlage, in der Uran für Bomben angereichert werden kann. ... Das stellt eine akute Herausforderung für das friedliche System dar, auf das die Welt sich verlässt, um die Verbreitung von Atomwaffen am Persischen Golf ebenso einzudämmen wie andere Drohpotenziale in der an Erdöl reichen Region. Dieses Problem braucht dringend internationale Aufmerksamkeit. ... Iran behauptet, es strebe nicht den Bau von Atomwaffen an, sondern nutze sein Nuklearprogramm für zivile Zwecke. Angesichts des Öl- und Gasreichtums des Landes und seines Widerstands gegen eine verschärfte Überwachung gibt es gute Gründe, anderer Meinung zu sein.“

Dieser Argumentation folgend, forderte der Sicherheitssprecher des Weißen Hauses, Sean MacCormack, Iran müsse das Zusatzprotokoll des Atomwaffenvertrages unterzeichnen. Das Zusatzprotokoll, das bisher nur wenige Staaten (darunter die Staaten der Europäischen Union) unterzeichnet haben, erlaubt Inspektoren der internationalen Atombehörde (IAEA), ohne Voranmeldung Atomanlagen intensiv zu kontrollieren. Auch IAEA-Chef El Baradei hatte nach seinem Besuch in Iran im Februar diesen Jahres die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls verlangt.

Ein Mitglied des amerikanischen Senats meinte, die USA würden nach Beendigung der Irak-Krise ihr Augenmerk besonders auf Iran richten. Der republikanische Senator Jon Kyl meinte, Präsident Bush habe gewusst, wovon er spreche, als er im vergangenen Jahr Iran, Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“ bezeichnet habe. Es sei nicht möglich, sich um Irak und Iran gleichzeitig zu kümmern. „Daher müssen wir die Irak-

Krise so schnell wie möglich hinter uns bringen“, sagte der Senator.

Indes erklärte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid Reza Assefi, Teheran sei unter gewissen Bedingungen zur Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls der IAEA bereit. Dazu gehöre die Aufhebung des Wirtschaftsboykotts gegen Iran.

Die Attacken der USA gegen Iran sind weltweit mit großer Aufmerksamkeit registriert worden. Sie haben Befürchtungen geweckt, die USA könnten tatsächlich die Absicht hegen, gemäß dem inzwischen bekannt gewordenen Plan der Neuordnung der Region nach Irak auch Iran und Syrien anzugreifen.

Der britische Außenminister Jack Straw schloss aus, dass sein Land dazu bereit sein könnte, Syrien oder Iran anzugreifen. Gleichfalls könne er sich nicht vorstellen, dass die USA eine solche Militäraktion planen würden. Sollte es doch dazu kommen, werde sich Großbritannien unter keinen Umständen daran beteiligen. Der Minister warnte Syrien vor einer Unterstützung Iraks. Iran bezeichnete er als „aufkeimende Demokratie“, gegen die vorzugehen es keinerlei Anlass gebe.

Auch die Bundesrepublik Deutschland meldete sich zu Wort. Das Auswärtige Amt in Berlin betonte die „traditionell guten Beziehungen“ Deutschlands zu den beiden Ländern Iran und Syrien. Allerdings habe die Bundesregierung auch immer an die Staaten der Region appelliert, „strikte Zurückhaltung zu wahren und zur Stabilisierung der Region beizutragen“, sagte Außenamtssprecher Walter Lindner. Zu möglichen Militäraktionen der USA wollte sich der Sprecher nicht äußern. Es bleibe bei der „prinzipiell ablehnenden Haltung der Bundesregierung gegen Krieg“, sagte er.

Spaniens Außenministerin Ana Palacio würdigte bei ihrem Besuch in Teheran die „mäßige Rolle“ Irans in der Region. Iran befinde sich in einem Prozess der Reformen, den Spanien von Anfang an unterstützt habe.

Offensichtlich beeindruckt von dieser eindeutigen Reaktion meldete sich der amerikanische Außenminister Colin Powell noch einmal zu Wort. In einem Interview mit der in London erscheinenden

den arabischsprachigen Tageszeitung Al Hajat lehnte er die geäußerte Vermutung, die USA würden nach Irak auch Iran und Syrien angreifen, entschieden ab. Kein verantwortlicher Politiker der USA habe bisher von einem möglichen Angriff gegen Iran oder Syrien gesprochen, sagte Powell. Ein solches Vorhaben sei weder geplant noch beabsichtigt. Zwar habe Syrien durch die Unterstützung von Terroristen Probleme erzeugt, auch Iran sei dabei, Atomwaffen zu bauen. Doch es gäbe außer Krieg andere Wege, um beiden Ländern Einhalt zu gebieten.

Russland liefert die ersten 40 Tonnen Kernbrennstäbe an Iran

Laut Meldung der Agentur Interfax wird Russland demnächst die ersten 40 Tonnen Kernstäbe für das iranische Atomkraftwerk Bushehr liefern. Ein entsprechender Vertrag sei bereits zwischen dem größten russischen Brennstabhersteller TWEL und dem russischen Unternehmen Atomstrojexport, das die erste Atomenergieanlage in Iran baut, unterzeichnet. Das Unternehmen werde in Kürze eine Exportlizenz erhalten. Weitere Brennelemente sollen direkt von TWEL geliefert werden. Das russische Energieministerium hatte schon im Vorfeld erklärt, dass Russland die Energieanlage in Bushehr während ihrer Betriebszeit mit Atombrennstoff versorgen werde. Verbrauchte Brennelemente sollen von TWEL zur Endlagerung nach Russland gebracht werden. Die Anlage wird voraussichtlich Ende 2004 ans Netz gehen. Sie kostet mehr als 800 Millionen US-Dollar.

Argentinien erlässt Haftbefehl gegen iranische Diplomaten

Vor neun Jahren wurde auf das jüdische Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires ein Bombenanschlag verübt. Bei dem Attentat, das 1994 mittels einer Autobombe ausgeführt wurde, kamen 87 Personen ums Leben, mehr als 300 wurden verletzt. Seitdem sind die Beziehungen zwischen Iran und Argentinien gestört: Angeblich ist der Anschlag von Iran aus geplant worden. Als Tatverdächtige stehen 20 Personen vor Gericht, die die Autobombe gebaut haben sollen. 15 von ihnen waren damals im argentinischen Polizeidienst. Das Verfahren

soll in den nächsten Monaten abgeschlossen werden.

Am 12. März erließ der argentinische Richter Juan José Galeano einen internationalen Haftbefehl gegen vier iranische Diplomaten und Minister. Der Haftbefehl richtet sich gegen den ehemaligen iranischen Geheimdienst- und Sicherheitsminister Ali Fallahian, den früheren Kulturattaché der iranischen Botschaft in Buenos Aires, Mohsen Rabhani, gegen den Diplomaten Ali Balesh Abadi und gegen den Ex-Bildungsminister und Parlamentarier Ali Akbar Parvaresh. Den vier Ministern und Diplomaten werden ideologische Verbindungen zu den Tätern vorgeworfen.

Richter Galeano beruft sich in seinem 400 Seiten umfassenden Haftbefehl auf iranische Zeugen. Einer der Zeugen beschuldigte sogar den früheren argentinischen Staatpräsidenten Carlos Menem, als Gegenleistung für eine Vertuschung der iranischen Beteiligung an dem Anschlag Bestechungsgelder in Höhe von elf Millionen US-Dollar erhalten zu haben.

Hamid Reza Assefi, Sprecher des iranischen Außenministeriums, hatte nach Bekanntwerden des Haftbefehls erklärt: sollte Argentinien sich weigern, „seinen Irrtum zu korrigieren“, werde sein Land „geeignete Maßnahmen“ treffen. Das Außenministerium in Buenos Aires bestellte den iranischen Handelsattaché Mohammad Ali Tabataba'i ein und forderte ihn auf, die Stellungnahme des iranischen Außenministeriums zu erläutern.

Zwischen Iran und Argentinien besteht kein Auslieferungsabkommen.